

Presseerklärung

‘thyssenkrupp Tata Steel’: die Unternehmensleitungen werden nachdrücklich aufgefordert, Transparenz und langfristige Garantien für die Beschäftigten zu schaffen

(23. Januar 2018)

Die Ankündigung von Tata Steel und thyssenkrupp vor fünf Monaten hat eine große Schockwelle unter den Beschäftigten ausgelöst. Mit der Zusammenlegung ihrer europäischen Stahlaktivitäten wollen die beiden Unternehmen einen neuen Stahlriesen schaffen: thyssenkrupp Tata Steel. Die anfänglichen Kosten des Plans: der Abbau von 4.000 Stellen! Weitere Stellenkürzungen sind nicht ausgeschlossen und langfristige Industrie- und Sozialpläne liegen immer noch nicht vor. Nach massiven Demonstrationen an verschiedenen Standorten fordern die europäischen Gewerkschaften, die beide Unternehmensleitungen so bald wie möglich zu treffen. Sie fordern die Unternehmensleitungen auf, vollständige Transparenz in Bezug auf das Joint-Venture-Projekt zu schaffen und gleiche Garantien für Arbeitsplätze, Standorte und Investitionen in allen betroffenen Ländern abzugeben.

Bei den Beschäftigten von Tata Steel und thyssenkrupp wächst die Sorge, sie verlangen Klarheit und Garantien. [In Andernach \(DE\) versammelten sich Ende November 8000 Beschäftigte](#) und [in Ijmuiden \(NL\) Ende Dezember 3500 Beschäftigte](#), um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze und die Zukunft der Stahlproduktion in Europa zu verteidigen. Weitere Arbeitskampfmaßnahmen sind nicht ausgeschlossen.

„Wir sind extrem besorgt und können nicht tolerieren, dass auch fünf Monate nach der Ankündigung weiterhin Unsicherheiten in Bezug auf die sozialen und industriellen Risiken, die mit dem Joint-Venture-Projekt verbunden sind, bestehen. Es ist daher höchste Zeit, dass die Unternehmensleitungen von Tata Steel und thyssenkrupp gemeinsam eine Antwort auf unsere Forderung nach vollständiger Transparenz und Informationen geben“, erklärte Luis Colunga, stellvertretender Generalsekretär von industriAll Europe.

Bei ihrem zweiten Treffen am 10. Januar in Brüssel unter der Schirmherrschaft von industriAll Europe bekräftigten die deutschen, niederländischen, britischen, belgischen, französischen und spanischen Gewerkschaften ihre einstimmige Haltung: die Beschäftigten von Tata Steel und thyssenkrupp dürfen und werden nicht den Preis für eine schlecht durchdachte Strategie zahlen. Die europäischen Gewerkschaften verlangen von Tata Steel und thyssenkrupp verbindliche Garantien für Arbeitsplätze, Standorte und Investitionen, aufbauend auf den [Garantien, die die IG Metall Ende Dezember mit thyssenkrupp ausgehandelt hat](#). Während die IG Metall noch keine Stellungnahme zu dem geplanten Joint Venture abgegeben hat, hat sie – erstmalig im deutschen Stahlsektor - einen Tarifvertrag erreicht, der sicherstellt, dass in den nächsten neun Jahren keine Entlassungen oder Standortschließungen erfolgen. Darüber hinaus verpflichtet sich thyssenkrupp in diesem Zeitraum jedes Jahr mindestens 400 Millionen Euro in die Nachhaltigkeit seiner deutschen Stahlstandorte zu investieren.

„Es wäre unverständlich, nicht alle von dem geplanten Gemeinschaftsunternehmen betroffenen Beschäftigten gleich zu behandeln. Wir fordern daher, dass für jeden europäischen Standort von Tata Steel und thyssenkrupp ähnliche Garantien gegeben werden“, betonte Luis Colunga. „Im Sinne eines konstruktiven Dialogs forderte industriAll Europe die rasche Ansetzung eines Treffens zwischen den Geschäftsführungen der beiden Unternehmen und einer europäischen Gewerkschaftsdelegation. Wir freuen uns auf eine rasche und positive Antwort“.

Presseerklärung



Kontakt:

Aline Conchon, aline.conchon@industrial-europe.eu, +32 488 881 937

IndustriAll Europe repräsentiert die Stimmen von 7 Millionen europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Versorgungsketten in der Fertigung, im Bergbau und Energiesektor. Unser Ziel ist es, die Rechte dieser Beschäftigten zu schützen und zu fördern. Unsere Föderation hat 177 Mitgliedsorganisationen in 38 europäischen Ländern. Unser Ziel ist es, ein wichtiger politischer Akteur gegenüber den europäischen Unternehmen, der europäischen Industrie, den Arbeitgeberverbänden und den europäischen Institutionen zu sein.